

schen Staatsbürgern erst erlaubt, das Land im Rahmen organisierter Reisegruppen zu rein touristischen Zwecken zu besuchen. Bevor der Strom der Touristen aus China fließen kann, sind jedoch noch die Einzelheiten zwischen den zuständigen Behörden beider Länder auszuhandeln.

Die Unterzeichnung des Memorandums geschah am Rande des Besuchs des stellvertretenden kroatischen Premierministers Goran Granic, der sich auf chinesische Einladung in Beijing aufhielt und dort u.a. Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji und Staatsratsmitglied Wu Yi führte. Geht es nach Kroatien, so sollen nicht nur chinesische Touristen das Land an der Adria besuchen. Auch chinesische Investoren seien höchst willkommen, hieß es. Von chinesischer Seite kamen keine konkreten Zusagen. Man begnügte sich mit dem Hinweis auf die allgemeine chinesische Politik, die ein Auslandsengagement chinesischer Entrepreneurere ausdrücklich begrüße und fördere. (XNA, 19.2.03) -kg-

Innenpolitik

7 Zweite Plenarsitzung des XVI. Zentralkomitees der KPCh widmet sich Verwaltungsreformen

Vom 24. bis 26. Februar hielt das im November 2002 neu gewählte XVI. Zentralkomitee (ZK) der KPCh in Beijing seine zweite Plenarsitzung ab. Die Sitzung war der abschließenden Vorbereitung wichtiger politischer Entscheidungen gewidmet, die auf dem am 5. März beginnenden X. Nationalen Volkskongress abgesegnet werden sollen.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Sitzung, an der 191 der insgesamt 198 Vollmitglieder und 151 der insgesamt 158 Kandidaten des ZK sowie eine Reihe von Beobachtern teilnahmen, standen die geplanten Restrukturierungen im Verwaltungsapparat (vgl. C.a., 2003/1, Ü 7). In diesem Zusammenhang verabschiedete das Plenum zwei Dokumente, zum einen „Ansich-

ten über die Vertiefung der Reform der administrativen Verwaltungsstrukturen und -organe“, zum anderen ein „Programm zur Strukturreform des Staatsrats“.

Bezeichnend ist, dass die geplanten Verwaltungsreformen, bei denen es in erster Linie um die weitere Verschlan- kung der Staatsratsorgane geht, als integraler Bestandteil der auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November anvisierten „politischen Reformen“ (vgl. C.a., 2002/12, S.1402-1412) diskutiert werden. Ziel der geplanten Maßnahmen sei es, so hieß es in offiziellen Medienberichten über die Plenarsitzung, den politischen „Überbau“ besser der wirtschaftlichen Basis anzupassen und damit das System der sozialistischen Marktwirtschaft zu vervollkommen. Insgesamt seien die Reformschritte ein wichtiger Teil der „politischen Strukturreform“ – offenbar ein vor allem auf administrative Effizienz bezogener Ansatz politischer Reformen. Hier wird die Diskrepanz deutlich, die offenbar zwischen verschiedenen Vorstellungen von „politischen Reformen“ besteht, wie sie von Teilen der chinesischen Parteiführung und von Außenstehenden vertreten werden.

Vage im Hinblick auf den demokratischen Reformgehalt blieben auch die Pläne für eine Aufwertung des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz, die auf der Plenarsitzung ebenfalls als Teil der geplanten „politischen Reformen“ diskutiert wurden. So wurde das System der Volkskongresse als „fundamentales“ (*genben*) Element und das System der „Mehrparteien-Kooperation“ und der politischen Konsultation im Rahmen der Politischen Konsultativkonferenzen als „grundlegendes“ (*jiben*) Element des politischen Systems Chinas bezeichnet. Es gelte, die beiden Elemente zu vervollkommen, um die „sozialistische demokratische Politik“ und die „sozialistische politische Zivilisation“ des Landes zu stärken – hier handelt es sich ebenfalls um Schlagworte des XVI. Parteitags. Gleichzeitig wurde freilich darauf verwiesen, dass die Führung der KPCh auf dem „Pfad der politischen Entwicklung chinesischer Prägung“ gewahrt bleiben müsse.

Neben diesen Fragen der Verwaltungsreform standen auf der Plenarsitzung die personalpolitischen Arrangements für den X. Nationalen Volkskongress zur abschließenden Debatte. Das Plenum nahm zwei Listen mit „Vorschlägen“ für die Besetzung führender Regierungsämter und für die Zusammensetzung des neuen nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz an. Beide Listen dürften Mitte März von den Delegierten des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz ohne große Differenzen bestätigt werden. (Xinhua, 21., 26.2.03, nach BBC PF, 22., 27.3.03; XNA, 22., 27.2.03) -hol-

8 Erneuter Anlauf zur Korruptionsbekämpfung

Die neue parteistaatliche Führung hat erneut einen Anlauf zur Bekämpfung der endemischen Korruption gemacht. Auf der zweiten Plenarsitzung der auf dem XVI. Parteitag im November 2002 neu gewählten Disziplinarkontrollkommission der KPCh vom 17. bis 19. Februar waren der gesamte Ständige Ausschuss des Politbüros und ein Großteil der sonstigen Mitglieder des Politbüros und der Zentralen Militärkommission anwesend. Offensichtlich ist die neue Führungsspitze bemüht, die Korruptionsbekämpfung als eine der obersten Prioritäten zu kennzeichnen.

Zunächst erstattete Wu Guanzheng, seit November 2002 Mitglied des Ständigen Ausschusses des neuen Politbüros und Leiter der Disziplinarkontrollkommission, einen Arbeitsbericht, in dem er die fortgesetzte Notwendigkeit einer effektiven Bekämpfung der Korruption herausstellte, da sie eine „extreme Gefahr“ für das politische System und das Land bedeute. Im Sinne der Verwirklichung des „Geistes des XVI. Parteitags“, der „Dreifachen Repräsentation“ und des „Aufbaus einer Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand“ – Schlagworte der Parteitagsdokumente – müssten neue Mittel und Wege gefunden werden, um die Disziplin in den Reihen der KPCh zu wahren und eine „redliche Parteiverwaltung“ aufzubauen.

Konkretere Schritte formulierte Hu Jintao, der in seiner Funktion als neuer Generalsekretär der Partei eine

„wichtige Rede“ vor dem Plenum hielt. Er lobte die umfassenden Anstrengungen der dritten Führungsgeneration unter seinem Vorgänger Jiang Zemin im Kampf gegen die Korruption, betonte aber zugleich, dass man trotz der großen Erfolge der vergangenen Jahre die eigentlichen Ursachen der Korruption noch nicht behoben habe. Auch in Zukunft bleibe die Korruptionsbekämpfung daher eine äußerst wichtige, herausfordernde und schwierige Aufgabe. Um diese Aufgabe effektiver als bisher zu leisten, gab Hu Jintao die folgenden fünf Schwerpunkte für die nächsten Jahre vor, die im Abschlussbulletin der Sitzung weiter konkretisiert wurden:

1. Intensivierung der strafrechtlichen Verfolgung korrupter Aktivitäten, insbesondere unter Führungskadern von den mittleren Rängen aufwärts, da diese dem Image der Partei in besonderer Weise schaden. Besonderes Augenmerk sei dabei auf Praktiken zu richten, die in der jüngeren Vergangenheit weite Verbreitung gefunden hätten, wie die Veruntreuung staatlicher Vermögensanteile bei der Privatisierung von Staatsunternehmen, Bestechlichkeit im Justizsektor, die Protektion von kriminellen Vereinigungen und Schmuggelringen oder der systematische Steuerbetrug.
2. Schaffung eines „gesunden Parteilustils“, der von großer Bedeutung für eine Verbesserung des „politischen und gesellschaftlichen Stils“ sei. Vordringlich sei es in diesem Zusammenhang, solche Phänomene abzustellen, die das Leben der einfachen Bevölkerung in besonderer Weise beeinträchtigten, wie etwa die Erhebung illegaler Schulgebühren, die übermäßige Belastung der ländlichen Bevölkerung durch einen Wildwuchs von Abgaben und Gebühren oder illegale Aufschläge beim Verkauf von Medikamenten.
3. Stärkung der ideologischen, politischen und moralischen Erziehung. Die breite Masse der Parteimitglieder, allen voran aber wiederum führende Kader, müssten stetig darin angeleitet werden, ihr politisches Bewusstsein zu stärken; insbesondere müssten sie erzogen werden, klarer zwischen der Hin-

gabe für die Sache der Partei und der Volksmassen einerseits und ihrem persönlichen Nutzen andererseits zu unterscheiden.

4. Vertiefung der institutionellen Reformen und die Schaffung transparenter administrativer Mechanismen zur Eindämmung der Korruption. Dazu zählten insbesondere die Reform administrativer Genehmigungsverfahren, die in Übereinstimmung mit den WTO-Richtlinien zu bringen seien, die Reform der öffentlichen Finanzverwaltung durch eine klarere Trennung von Einnahmen- und Ausgabenströmen und eine bessere Kontenüberwachung sowie die Reform der Einstellungs- und Beförderungsrichtlinien für den öffentlichen Dienst, um dem verbreiteten Kompetenzmissbrauch im Bereich der Personalpolitik zu begegnen.
5. Stärkung der parteiinternen Überwachungsmechanismen durch eine Weiterentwicklung von Verfahren der „innerparteilichen Demokratie“ (vgl. dazu C.a., 2002/12, S.1402-1412). Insbesondere die Führungsspitzen der Parteigremien auf allen Ebenen sollten einer stärkeren Aufsicht durch diese Gremien selbst unterstellt werden, indem etwa die Kontroll- und Mitentscheidungskompetenzen lokaler Parteikomitees gestärkt werden. Auch sollten die Disziplinarkontrollkommissionen auf allen administrativen Ebenen erweiterte Aufsichts- und Eingriffsmöglichkeiten erhalten, um ihrer Aufgabe der Korruptionsbekämpfung besser gerecht werden zu können.

Wie diese Vorschläge zeigen, ist die neue Führung durchaus bestrebt, die bestehenden Probleme konkret beim Namen zu nennen und neben den abgeschliffenen moralischen Appellen vermehrt auch institutionelle Mechanismen zu entwerfen, um der endemischen Korruption zu begegnen. Angesichts des noch lange nicht abgeschlossenen Prozesses der wirtschaftlichen Transformation und sich ständig wandelnder Eigentumsrechte und Verfügungskompetenzen, durch den immer wieder neue Korruptionsanreize und -möglichkeiten entstehen, ist allerdings fraglich, ob noch so ausgeklügelte Regularien und Mechanismen

in der Lage sind, mit der dynamischen Entwicklung korrupter Praktiken Schritt zu halten. (Xinhua, 17., 19.2.03, nach FBIS, 17., 19.2.03; Xinhua, 19., 21.2.03, nach BBC PF, 21., 23.2.03; XNA, 20.2.03; RMRB online, 20.2.03, nach FBIS, 21.2.03) -hol-

9 Offizielle Bestätigung Han Zhengs als neuer Shanghai-er Bürgermeister

Am 20. Februar wurde Han Zheng vom Shanghai-er Volkskongress als neuer Bürgermeister der Metropole bestätigt.

Mit dem offiziellen Amtsantritt Han Zhengs dürfte eine personelle Übergangsperiode zu Ende gehen, die seit Ende 2001 bei den internationalen Partnern der Stadt wiederholt zu Verwunderung Anlass gegeben hatte. Der 48-Jährige löst Chen Liangyu ab, der erst zum Jahreswechsel 2001/02 das Amt des Shanghai-er Bürgermeisters übernommen hatte, nachdem sein Vorgänger Xu Kuangdi überraschend von diesem Amt nach Beijing abberufen worden war (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9). Damals war spekuliert worden, dass machtpolitische Auseinandersetzungen für die „Absetzung“ Xu Kuangdis ausschlaggebend gewesen sein dürften. Offenbar war es aber auch darum gegangen, dem jüngeren Chen Liangyu, der bis dahin nur den Rang eines stellvertretenden Parteisekretärs bekleidet hatte, rechtzeitig ein „Sprungbrett“ ins Politbüro zu verschaffen. Tatsächlich übernahm Chen Liangyu im Oktober 2002 von Huang Ju das Amt des Parteisekretärs (vgl. C.a., 2002/10, Ü 11) und wurde auf dem XVI. Parteikongress der KPCh im November 2002 ins Politbüro gewählt. Seither war allgemein erwartet worden, dass er sein Bürgermeisteramt an seinen Stellvertreter Han Zheng abgeben würde.

Der aus der Küstenprovinz Zhejiang stammende Han Zheng, der einen Master-Abschluss als Ökonom besitzt, erscheint für die Bekleidung des verantwortungsvollen Amtes prädestiniert, nachdem er seit einem Jahrzehnt zahlreiche einschlägige Erfahrungen in der kommunalen Verwaltung der Metropole gesammelt hat. Nach verschiedenen Tätigkeiten im Kommunistischen Jugendverband

Shanghais wurde er 1993 im Alter von nur 39 Jahren zum Bürgermeister des zentral gelegenen Stadtteils Luwan ernannt und zwei Jahre später zum stellvertretenden Generalsekretär der Shanghaier Volksregierung und zum Vorsitzenden der städtischen Planungskommission befördert. Anfang 1998 wurde er zum stellvertretenden Bürgermeister Shanghais ernannt und war seither für die Ressorts Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zuständig. Im Mai 2002 rückte er als stellvertretender Sekretär des Shanghaier Parteikomitees auf. Mit der Berufung Chen Liangyus zum Parteisekretär von Shanghai im Oktober 2002 wurde ihm die Funktion des geschäftsführenden stellvertretenden Bürgermeisters übertragen. Im November 2002 wurde ihm als Einzigem unter den insgesamt acht stellvertretenden Bürgermeistern Shanghais schließlich die Ehre zuteil, in das Zentralkomitee der KPCh gewählt zu werden.

Inhaltliche Schwerpunkte seiner bisherigen kommunalen Laufbahn waren die bauliche und gewerbliche Erneuerung der Huaihai-Straße im Stadtzentrum Shanghais zu einer modernen Einkaufs- und Flaniermeile, der Ausbau des Tiefwasserhafens, der für die internationale Handelsmetropole Shanghai erhebliche Bedeutung hat, die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in der Stadt und die Konzipierung eines längerfristig angelegten kommunalen Umweltschutzprojekts.

So weit aus seinen bisherigen Äußerungen als neuer Shanghaier Bürgermeister hervorgeht, hat er sich für die kommenden Jahre zum Ziel gesetzt, den Immobilienmarkt zu stabilisieren, der auch im Zuge der Vorbereitungsmaßnahmen für die Austragung der Weltausstellung 2010 starken Wertschwankungen unterliegt. Mit Blick auf den internationalen Verkehr der Stadt sieht er es ferner als Schwerpunktaufgabe an, die Hafenverwaltung zu modernisieren. So sollen die bisher in einer Hafenbehörde integrierten administrativen und kommerziellen Funktionen getrennt und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens im globalen Seehandel verbessert werden. Schließlich zeichnet sich ab, dass unter Han Zhengs Führung die Wirtschaftsstruktur der Stadt moder-

nisiert werden soll. So dürfte die starke Dominanz staatlicher Investitionen und ausländischer Direktinvestitionen in den kommenden Jahren durch eine stärkere Förderung des privaten Sektors ergänzt werden.

Politisch lässt sich Han Zheng sowohl der „Shanghai-Clique“ um Jiang Zemin zuordnen, dem er aber persönlich nicht zu besonderer Loyalität verpflichtet ist, als auch dem weit geknüpften Netzwerk des Kommunistischen Jugendverbands, das als Hu Jintaos Machtbasis gilt. Vor diesem Hintergrund hat er – als der jüngste Bürgermeister in der Geschichte Shanghais seit 1949 – gute Aussichten, in Zukunft zu einem wichtigen Politiker am Übergang zwischen der „vierten“ und „fünftten Führungsgeneration“ aufzusteigen. (Xinhua, 20., 28.1.03; *Wen Wei Po*, 15., 21.2.03, nach FBIS, 17., 21.2.03; WSJ, 20.2.03; FT, 21.2.03; FAZ, 21.2.03) -hol-

10 Exildissident Wang Bingzhang in China zu lebenslanger Haft verurteilt

Ein Gericht im südchinesischen Shenzhen hat am 10. Februar Wang Bingzhang, einen prominenten Vertreter der exilchinesischen Demokratiebewegung in den USA, unter dem Vorwurf terroristischer Aktivitäten und der Spionage für Taiwan zu lebenslanger Haft verurteilt. Wegen der Berührung von „Staatsgeheimnissen“ hatte der Prozess gegen den 55-jährigen Wang hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Das Urteil ist eines der schärfsten, das von chinesischen Gerichten in den vergangenen Jahren gegen Dissidenten gefällt wurde.

Wang Bingzhang war gemeinsam mit zwei weiteren Demokratieaktivisten, Zhang Qi und Yue Wu, am 26. Juni 2002 nahe der chinesischen Grenze in Vietnam verschwunden, wohin das in den USA als „Democracy 3“ bekannte Trio mit gültigen Visa gereist war, um mit Bürgerrechtlern zusammenzutreffen. Trotz mehrfacher Erkundigungen über die Vermissten von US-amerikanischer Seite wurde über den Verbleib der drei Personen zunächst nichts bekannt.

Erst ein halbes Jahr später, im Dezember 2002, veröffentlichte die staatliche chinesische Nachrichtenagentur

Xinhua einen Artikel über die Verhaftung Wang Bingzhangs in der Provinz Guangdong. Nach Angaben von Xinhua waren Wang Bingzhang und seine beiden Begleiter am 3. Juli 2002 von chinesischen Polizeikräften im Zuge einer Fahndungsaktion in einem Kidnapping-Fall gefesselt in einem Tempel der südchinesischen Autonomen Region Guangxi aufgefunden worden. Am 26. Juni seien sie aus ihrem Hotel in Vietnam von Kidnappern entführt und verschleppt worden, die ein Lösegeld von 10 Millionen USD verlangten, das die drei aber nicht bezahlen konnten. Nach ihrer Auffindung in Guangxi durch die chinesische Polizei sei die Gruppe in die benachbarte Provinz Guangdong verbracht und dort unter Arrest gestellt worden, da dort gegen Wang Bingzhang bereits Vorwürfe wegen terroristischer Aktivitäten vorgelegt hätten. Während seine beiden Begleiter, Zhang Qi und Yue Wu, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, blieb Wang zunächst unter Arrest. Erst am 5. Dezember 2002 wurde er von der Polizei in Guangdong offiziell verhaftet.

Der Gerichtsprozess gegen Wang Bingzhang begann am 22. Januar 2003 vor dem Mittleren Volksgericht der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, das am 10. Februar in geheimer Sitzung das Urteil verkündete. Darin wurde Wang Bingzhang zum einen wegen langjähriger Spionage für Taiwan zu lebenslanger und zum anderen wegen terroristischer Aktivitäten zu zehn Jahren Haft verurteilt. Dem Gericht zu Folge sei Wang bereits 1982 vom taiwanesischen Geheimdienst kontaktiert worden; seit 1983 habe er daraufhin geheime Informationen gesammelt, darunter Kontaktlisten und Militärgeschichte, die er später gegen Geld an Taiwan geliefert habe. Darüber hinaus soll Wang Bingzhang nach Angaben des Gerichts seit 1996 in verschiedenen Publikationen zu gewaltsamen Aktionen gegen die chinesische Staatsgewalt aufgerufen haben. Konkret wurde ihm vorgeworfen, im Januar 1998 in Guangdong eine terroristische „Aktionsgruppe“ gegründet zu haben. Dem Gericht zu Folge soll Wang seit Februar 1999 gemeinsam mit Gleichgesinnten außerdem Sprengstoffanschläge und ein Attentat bei den Feiern zum fünfzigsten Jahrestag der Gründung der Volksre-

publik China im Oktober 1999 geplant und vorbereitet haben. Anfang 2001 habe Wang ferner einen Bombenanschlag auf die chinesische Botschaft in Bangkok sowie die Einrichtung eines terroristischen Trainingslagers in Nordthailand geplant.

Erstmals wurde einem Gerichtsurteil damit die verschärfte Anti-Terror-Gesetzgebung zugrunde gelegt, wie sie im Dezember 2001 in Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September in das chinesische Strafgesetz eingearbeitet worden war (vgl. C.a., 2001/12, Ü 10). Der neue Artikel 120 des Strafgesetzbuches sieht demnach vor, die Organisation und Anführung von, sowie die aktive Beteiligung an terroristischen Aktivitäten mit 10-jähriger bis hin zu lebenslanger Freiheitsstrafe zu ahnden.

Im Anschluss an das Gerichtsurteil beteuerte Wang Bingzhang seine völlige Unschuld und stritt alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unbegründet ab. Über seine beiden Verteidiger legte er umgehend Revision gegen das Urteil ein, die aber bereits Ende Februar vom Volksgerichtshof der Provinz Guangdong abschlägig entschieden wurde. Auch Vertreter der exilchinesischen Demokratiebewegung und verschiedener Menschenrechtsorganisationen betrachten Wang als das jüngste Opfer chinesischer Justizwillkür; viele nehmen an, dass er nicht durch eine kriminelle Kidnapperbande, sondern durch geheim operierende chinesische Sicherheitskräfte von Vietnam nach Guangxi verschleppt worden sei. Die von chinesischer Seite gegen Wang Bingzhang erhobenen Terrorismusvorwürfe halten sie für fingiert, wenn es auch einzelne Hinweise über Äußerungen Wangs gibt, wonach dieser die Anwendung von Gewalt zum Zweck der Beseitigung des kommunistischen Regimes in China für legitim hielt. Über seine angeblichen Spionagetätigkeiten für Taiwan liegen keine Einschätzungen vor.

Wang Bingzhang hatte als Medizinstudent zu Beginn der „Kulturrevolution“ zum ersten Mal Kritik am politischen System des Landes geübt, woraufhin er in den Jahren 1966 und 1967 zweimal in Haft kam. 1979 gelang ihm die Ausreise nach Kanada, wo er sein Medizinstudium mit einer Promotion beendete. 1982 verlegte er seinen

Wohnsitz nach New York und gründete dort die „Chinese Alliance for Democracy“ sowie die chinesischsprachige Zeitschrift mit dem Titel *Zhongguo zhi chun* (*China Spring*), die in den Folgejahren unter prodemokratischen Intellektuellen in China weite Verbreitung fand. Internationales Aufsehen erregte seine unerkannte Einreise in die VR China im Jahr 1998, wo er sich an der Gründung der Demokratischen Partei Chinas (auch als „Chinese Democracy and Justice Party“ bekannt) beteiligte, die im Sommer desselben Jahres von staatlicher Seite verboten wurde. Wang wurde damals von Sicherheitsbehörden verhaftet und nach einigen Wochen des Landes verwiesen. Wie ein Mitstreiter gegenüber einem BBC-Reporter äußerte, habe Wang zuletzt erwogen, erneut auf chinesisches Territorium einzudringen, um auf diese Weise für das Recht exilchinesischer Dissidenten zu kämpfen, in die Volksrepublik zurückzukehren.

Unter Mitgliedern der chinesischen Demokratiebewegung in den USA löste der Fall scharfe Proteste aus. Neben Unterstützungskampagnen im Internet wurde in New York, Washington und Los Angeles zu Demonstrationen aufgerufen. Die US-amerikanische Regierung hielt sich in diesem Fall allerdings bedeckt. Offizielle Vertreter argumentierten, dass Wang Bingzhang kein voller diplomatischer Schutz zustehe, da er – anders als seine vier Kinder, die die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besäßen –, selbst nur ein ständiges Aufenthaltsrecht, nicht aber den Status eines Staatsbürgers der USA genieße. Kritiker vermuten, die diplomatische Zurückhaltung der US-Regierung sei darauf zurückzuführen, dass man die chinesische Regierung, mit der man auf dem Feld der Terrorismusbekämpfung einen Schulterschluss geschlossen habe, auch in der Irak-Frage zu einem Einlenken bewegen wolle; eine diplomatische Konfrontation mit der Volksrepublik in diesem individuellen Fall komme daher derzeit ungelegen. (Xinhua, 20.12.02; XNA, 23.1., 11.2., 1.3.03; *Wen Wei Po*, 11.2.03, nach FBIS, 11.2.03; *Ta Kung Pao*, 11.2.03, nach FBIS, 11.2.03; BBC News, 10.2.03, <http://new.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/2593593.stm> und <http://.../2743445.stm>; China Support Network, 20.12.02, <http://www.kusumi.com/chinasupport.net/topnews38.htm>

13.2.03, <http://nc.indymedia.org/news/2003/02/2411.php>; Hong Kong Voice of Democracy, 28.2.03, www.democracy.org.hk/EN/2003/feb/news_05.html; Gordon G. Chang, „Terrorists for Democracy, Part I“, *China Brief*, vol. 3 issue 5, 11.3.03, http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_005_002.htm) -hol-

11 Kontroverse Debatte unter Intellektuellen über Irak-Konflikt und politische Partizipation

Der Irak-Konflikt hat Anlass für eine kontroverse Debatte unter chinesischen Intellektuellen gegeben. Die in verschiedenen offenen Briefen, im Internet und in Printmedien diskutierten Positionen weichen teilweise durchaus vom offiziellen Standpunkt der chinesischen Führung ab. Wenn auch der Verdacht nicht vollständig von der Hand zu weisen ist, dass die von den verschiedenen Seiten vorgebrachten Positionen von offizieller Seite taktisch vereinnahmt werden, so wird die Kontroverse von manchen Beteiligten doch als Ausdruck einer „neuen Qualität“ öffentlicher politischer Debatte wahrgenommen.

Ein offener Brief gegen einen Irak-Krieg wurde Ende Januar von Han Deqiang, Professor für Management an der Luftfahrthochschule in Beijing, und einigen Akademiker-Kollegen initiiert, die sich mehrheitlich politisch links orientierten und national gesinnten Positionen zuordnen. Han Deqiang selbst ist Autor des im Jahr 2000 publizierten Buches *Pengzhuang* (engl. *Clash*), das sich im Kontext des damals bevorstehenden WTO-Beitritts des Landes äußerst kritisch mit der von den USA dominierten wirtschaftlichen Globalisierung auseinandersetzt, deren Gefahren China sich nicht vollständig ausliefern dürfe.

In ihrem auf Chinesisch und Englisch vorgelegten „Statement Opposing U.S. War Against Iraq“ argumentierten die Verfasser, dass die Gründe von US-Präsident Bush für die Notwendigkeit eines Militärschlages gegen den Irak weder glaubwürdig noch gerechtfertigt seien. Insbesondere sei ein einseitiger, von den Vereinten Nationen nicht sanktionierter Angriff zu ver-

urteilen, weil er eine schwerwiegende Verletzung internationaler Rechtsnormen und demokratischer Institutionen der Völkergemeinschaft darstelle: „The naked aggression committed by the U.S. government against a sovereign state constitutes a serious threat and an act of provocation to the people of the world, and in particular to the weaker nations and under-developed countries.“ In einem abschließenden Fünf-Punkte-Katalog verurteilten die Verfasser daher die Aggressionspolitik der USA sowie „the high-tech slaughter of defenseless Iraqi people, to be unleashed in full view of the world“; sie wandten sich außerdem gegen die Annahme einer weiteren Resolution im UN-Sicherheitsrat, der den Anschein einer Unterstützung für eine US-amerikanische Aggression gegen den Irak erzeugen könnte, und riefen die Mitglieder dieses Gremiums, insbesondere China, Russland und Frankreich dazu auf, bei ihrer klaren Position gegen einen unilateralen Militärschlag der USA zu bleiben und sich nicht dem Druck der amerikanischen Regierung zu beugen: schließlich appellierten sie an alle „peace-loving and justice-upholding Chinese, in China and overseas, to stand united against this war in the best anti-imperialist tradition of the Chinese people, and join the rising tide of the global antiwar movement“ (Zitate aus: „Statement opposing U.S. War Against Iraq“, englische Übersetzung, durch Willy Wo-Lap Lam zur Verfügung gestellt). Wie an dieser Rhetorik deutlich wird, mischen sich hier Argumente der Wahrung universaler völker- und menschenrechtlicher Standards mit deutlich national eingefärbten antiamerikanischen Emotionen.

Der offene Brief war zunächst von rund fünfzig Akademikern unterzeichnet worden, bevor er ab dem 10. Februar im Internet verbreitet wurde. Im Laufe von rund zwei Wochen sollen bis zu 900 Unterschriften eingegangen sein. Eine Kopie des Briefes schickten die Autoren am 18. Januar zur Kenntnisnahme an die US-amerikanische Botschaft in Beijing. Von Korrespondenten nach einem etwaigen Eingreifen oder Druck von Seiten der parteistaatlichen Führung befragt, antwortete Han Deqiang vage, dass die Druckausübung von einer durchaus

träglischen Art sei. Im Tenor entspricht der Inhalt dieses offenen Briefes weitgehend der offiziellen Position, wenn auch die antiamerikanischen Untertöne in ihm stärker zu Geltung kommen.

Anders verhält es sich mit einem weiteren offenen Brief, der – in expliziter Reaktion auf den Ersteren – ab dem 20. Februar ebenfalls über das Internet verbreitet wurde und keineswegs die offizielle Meinung vertritt. Verfasser dieser Schrift mit dem Titel „Statement by Chinese intellectuals in support of the US government destroying the dictatorial regime of Saddam Hussein“ sind Yu Jie, ein prominenter Autor der jüngeren Generation, sowie einige Gleichgesinnte, die sich politisch liberalen Positionen zuordnen. In ihrem offenen Brief beriefen sich die Verfasser auf die „allerhöchsten Werte der Freiheit und des Humanismus“, in deren Namen ein Krieg der USA gegen das Regime Saddam Husseins voll und ganz gerechtfertigt sei, dessen „Bösartigkeit und Gefährlichkeit“ außer Frage stehe. Der Kampf gegen diktatorische Gewalt sei immer die vordringlichste Aufgabe, die jedem echt pazifistischen Denken unterliegen müsse. Entsprechend wurden die Verfasser des ersten Briefes als „heuchlerische ‚Pazifisten‘“ kritisiert, die mit ihrer Haltung den „Verfall der chinesischen Intelligenz“ zu verantworten hätten. Von Schaden im In- und Ausland sei vor allem auch ihr Anspruch, für die Mehrheit der chinesischen Intellektuellen zu sprechen. Tatsächlich sei die Position Han Deqiangs und seiner Kollegen aber keineswegs repräsentativ – die Mehrzahl der Intellektuellen in China teilten vielmehr eine liberale Grundhaltung (Zitate und Zusammenfassung aus *Nanfang Zhoumo*, „Fanzhan yu tingzhan de Zhongguo xuezhizhi zheng“ (Anti-Kriegs- und Pro-Kriegs-Positionen – eine Kontroverse unter chinesischen Wissenschaftlern, 27.2.03, www.nanfangdaily.com.cn/zm/20030227/xw/tx/200302270750.asp).

Interessant erscheint diese Kontroverse vor allem auch deshalb, weil sie vermittels des Internets in einer landesweiten Öffentlichkeit – wenn wohl auch weitgehend begrenzt auf Intellektuellenkreise – ausgetragen wird. Einen Reflex auf diese Debatte stellt wiederum ein langer und ausführlich

recherchierter Artikel in der südchinesischen Zeitung *Nanfang Zhoumo* (*Southern Weekend*) dar, der Ende Februar einen Abgleich der kontroversen Positionen unternahm. Unter anderem kommen in diesem Artikel verschiedene Sozialwissenschaftler und Philosophen zu Wort, die die Kontroverse als einen gesellschaftspolitischen Prozess mit einer neuen pluralistischen Qualität beleuchten. So wird argumentiert, dass die jüngste Debatte durchaus die Bedeutung einer „Nivellierlatte“ für den öffentlichen Diskurs in China habe, da hier eine neue Kultur der politischen Partizipation zum Ausdruck komme. Auch aus Sicht der neuen parteistaatlichen Führung, die neuerdings ja für eine Stärkung der „politischen Zivilisation“ eintrete, sollte dies eine durchaus positive Entwicklung sein, da die staatlichen Akteure in der internationalen Staatengemeinschaft zunehmend darauf angewiesen seien, ihre Entscheidungen durch eine pluralistische öffentliche Meinungsfindung zu untermauern und zu legitimieren. Freilich sei realistischerweise einzugestehen, dass der Einfluss der Volksmeinung auf das Verhalten der staatlichen Führung besonders im außenpolitischen Bereich sehr begrenzt sei – was auch am US-amerikanischen Beispiel deutlich werde. Dennoch stünden aber gerade den intellektuellen inzwischen Kanäle der politischen Partizipation offen, die vorher verschlossen gewesen waren. (*Nanfang Zhoumo*, *ibid.*; SCMP, 19.2.03; CNN.com, 27.2.03) -hol-

12 Bombenexplosionen an zwei Beijinger Eliteuniversitäten

Im Abstand von 90 Minuten ereigneten sich am 25. Februar an zwei Eliteuniversitäten im Beijinger Stadtteil Haidian Bombenexplosionen. Über die Motive für die Bombenanschläge ist bislang nichts bekannt. Der Sprengstoff für die beiden Bomben stammte aus privater Fertigung.

Um 11.50 Uhr des betreffenden Tages explodierte die erste Bombe in einer Lehrerkantine der Qinghua-Universität. Von den rund drei Dutzend Gästen, die sich dort aufhielten, wurden sechs verletzt, darunter vier Dozenten, ein Absolvent der Universität und ein externer Student. Auf dem

Gelände der nahe gelegenen Beijing-Universität zündete dann gegen 13.20 Uhr eine zweite Bombe in der dreistöckigen Hauptmensa, die mit knapp 10.000 qm Fläche als eine der größten Mensen in Asien gilt. Da die Zeit des Mittagessens bereits vorüber war, wurden drei Mensa-Bedienstete, aber keine Studenten Opfer der Explosion.

Die beiden Anschläge haben zu großer Verunsicherung an den Universitäten in der Hauptstadt geführt. Nicht nur an der Qinghua- und der Beijing-Universität, sondern auch an anderen Hochschulen im Stadtteil Haidian werden seit dem Anschlag die Eingangsture streng bewacht und verschiedene Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Im zeitlichen Vorfeld des ab 5. März in Beijing tagenden Nationalen Volkskongresses ist auch eine politische Motivation der beiden Anschläge nicht auszuschließen. (Xinhua, 25.2.03, nach BBC PF, 26.2.03; Zhongguo Xinwen She, 25.2.03, nach BBC PF, 27.2.03; XNA, 25., 26.2., 1.3.03; FT, 26.2.03; FAZ, 27.2.03) -hol-

13 Erdbeben in Xinjiang

Am Vormittag des 24. Februar erschütterte ein schweres Erdbeben die nahe der Grenze zu Kirgisien gelegenen Kreise Jiashi und Bachu in der Autonomen Region Xinjiang.

Dem Beben, das eine Stärke von rund 6,8 Punkten auf der Richter-Skala erreichte, und mehreren schweren Nachbeben fielen nach offiziellen Angaben von Anfang März 268 Menschen zum Opfer, über 2.000 Menschen erlitten schwere Verletzungen. Allerdings wird vermutet, dass die tatsächliche Zahl der Toten und Verletzten in der nur wenig erschlossenen kargen Wüsten- und Steppenlandschaft noch um Einiges höher liegen dürfte. Auch könnte die niedrige Lufttemperatur, die in der Region in der Nacht nach dem Beben unter Null Grad sank, weitere Opfer gefordert haben.

Das Epizentrum des Erdbebens lag im Kreis Jiashi (40 km östlich der Kreishauptstadt), wo wegen einer stabileren Bauweise der dortigen Gebäude aber verhältnismäßig wenige Opfer verzeichnet wurden. Der größte Teil der Opfer war im Kreis Bachu zu beklagen, wo außerdem mindestens 8.000 Gebäude einstürzten, darunter

900 Schulklassenräume. Über die materiellen Schäden wurde noch nichts bekannt.

Die staatliche Führung reagierte am selben Tag mit der Entsendung von militärischen Hilfstrupps, Milizen und Ärzten sowie von Nahrungsmitteln, Zelten, Decken und Winterkleidung, die wegen der Transportschwierigkeiten in die entlegene Region allerdings erst mit einiger Verzögerung eintrafen. Hochrangige Politiker wie Hu Jintao, Zhu Rongji und Wen Jiabao bekundeten der betroffenen Bevölkerung fernmündlich ihr Mitgefühl; Wang Lequan, Parteisekretär von Xinjiang und seit November 2002 Mitglied des neuen Politbüros der KPCh, reiste am Folgetag von Beijing aus in die Region, um die Bergungs- und Hilfsaktionen mithilfe der bereits eingetroffenen Materialien zu koordinieren.

Umgehende Hilfe leistete auch das Chinesische Rote Kreuz, das der Sektion in Xinjiang noch am Tag des Bebens 250.000 RMB Yuan zur Verfügung stellte. Landesweit wurden Spendenaktionen durchgeführt, die auf große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung stießen.

Die betroffene Region im äußersten Westen der Autonomen Region Xinjiang, in der vor allem Landwirtschaft und Viehzucht betrieben wird, ist immer wieder Opfer von Erdbeben gewesen. Allein in den vergangenen sieben Jahren verzeichnete man hier 19 Beben mit Stärken von über 5 Punkten auf der Richter-Skala. (Xinhua, 24.2.03, nach BBC PF 25., 26.2.03; XNA, 25., 26.2., 3.2.03; NZZ, 1./2.003) -hol-

14 Filmische Ehrung Deng Xiaopings zu seinem sechsten Todestag

Pünktlich zum sechsten Jahrestag des Todes Deng Xiaopings am 19. Februar wurde der „Architekt der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik“ durch einen Kinofilm des Regisseurs Ding Yinnan geehrt, der an diesem Tag landesweit anlief. An dem von staatlicher Seite in Auftrag gegebenen Film mit dem Titel „Deng Xiaoping“ war angeblich neun Jahre lang gearbeitet worden – die Arbeit hatte also noch zu Lebzeiten Deng Xiaopings begonnen, der im

Februar 1997 im Alter von 93 Jahren verstarb.

Anders als die Mehrzahl der Filme über Deng Xiaoping, die ihn in seinen Jugendjahren während des Anti-Japanischen Widerstands zeigen, widmet sich der jüngste Kinofilm den letzten beiden Jahrzehnten seines Lebens, also der von ihm Ende 1978 eingeleiteten Periode der Reform und Öffnung. Filmische Höhepunkte sind die Neubewertung des politischen Erbes seines Vorgängers Mao Zedong, die Verhandlungen mit der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher über die Rückgabe Hongkongs an die VR China, die Entscheidung über die Errichtung mehrerer Sonderwirtschaftszonen entlang der chinesischen Ostküste und die „Reise nach Süden“ im Jahr 1992, als er dem Reformkurs nach der politischen Krise von 1989 erneuten politischen Auftrieb gab.

In verschiedenen Szenen aus dem Alltagsleben erhebt der zweistündige Film aber auch den Anspruch, die gesellschaftlichen Veränderungen der Reformperiode widerzuspiegeln, so etwa die Rückkehr der während der Kulturrevolution aufs Land verschickten Jugendlichen in die Städte, die Wiedereinführung von Aufnahmeprüfungen in Hochschulen oder die Praxis des ländlichen Vertragsverantwortungssystems, durch das Bauern Anreize erhielten, wieder verstärkt nach Rentabilitätskriterien zu arbeiten. Insgesamt sollen 150.000 Darsteller an dem Film mitgewirkt haben, dessen Produktion 20 Millionen RMB Yuan gekostet hat.

Wie staatliche Medien berichteten, war das größte Kino der Stadt Guangdong, die von Deng Xiaopings „Reise in den Süden“ besonders profitiert hatte, am ersten Spieltag zu 80% ausgelastet. Angesichts der üblichen Praxis, angesichts solcher offizieller kulturpolitischer Ereignisse ganze Schulklassen und Belegschaften als Publikum zu verpflichten, erscheint diese Zahl doch erstaunlich niedrig. Offenbar ist die zeitliche Nähe zum politischen Wirken Deng Xiaopings für einen nostalgischen Personenkult, wie er sich seit den 1980er Jahren um die Gestalt Mao Zedongs rankt, noch zu gering. (XNA, 20.2.03) -hol-